



Sophia Maier
Autorin Huffington Post

BLOG

Diese Menschen entscheiden heute, wie jeder von uns sterben darf

Die Frage nach Leben und Tod ist so politisch und gleichzeitig privat wie kaum eine andere. Auf der einen Seite steht die Politik, die Sterbehilfe gesetzlich regeln möchte. Auf der anderen Seite steht der Mensch, seine Würde, seine ureigenes Recht auf Selbstbestimmung.

06/11/2015 04:32 CET | Aktualisiert 06/11/2016 06:12 CET



THINKSTOCK

Wer darf über das eigene Leben, über den eigenen Tod entscheiden? Es ist verlockend laut zu rufen: „Mein Tod gehört mir.“ Auf den ersten Blick scheint es auch anmaßend, dass ein Mensch über das Leben eines anderen entscheidet - oder zumindest mitentscheidet.

Was aber, wenn ein Mensch unter schweren Depressionen leidet? Wenn er nur sterben will, weil seine Demenzerkrankung ihm die Lebensfreude genommen hat? Oder weil die Ängste vor dem Tod ihn so fürchten, dass er dem Leben ein vorzeitiges Ende setzen will?

Es ist unmöglich, hier eine allgemeine Grenze zu ziehen oder eine konkrete Definition anzusetzen. Wer kann darüber entscheiden, wie sehr ein Mensch nicht leben will, um einen vorzeitigen Tod zu rechtfertigen?

Die Frage nach Leben und Tod ist so politisch und gleichzeitig privat wie kaum eine andere. Auf der einen Seite steht die Politik, die Sterbehilfe gesetzlich regeln möchte. Auf der anderen Seite steht der Mensch, seine Würde, sein ureigenes Recht auf Selbstbestimmung.

Bislang ist aktive Sterbehilfe in Deutschland verboten. Wer von einem Arzt begleitet in den Tod gehen will, muss in die Schweiz oder nach Belgien reisen.

Bundestag stimmt über Sterbehilfe ab

Das könnte sich bald ändern: Der Bundestag stimmt heute über ein mögliches Gesetz zur Sterbehilfe ab. Vier parteiübergreifende Anträge gibt es, die unterschiedlich nicht sein könnten. Sie reichen vom generellen Verbot der Sterbehilfe bis zu einer weitgehenden Straffreiheit.

Die größten Chancen hat der Antrag von Michael Brand (CDU/CSU) Kerstin Griese (SPD). Sie wollen die geschäftsmäßige Beihilfe zum Suizid unter Strafe zu stellen.

Der radikalste Gegenentwurf kommt aus dem linken Lager. Renate Künast (Die Grünen) und Petra Sitte (Die Linke) möchten die Hilfe zur Selbsttötung straffrei stellen. Das gilt auch für kommerzielle Suizid-Beihilfe. Vereine wie „Dignitas“ dürften dann Menschen legal in den Tod begleiten - und damit Geld verdienen.

Darf man beim Suizid helfen?

Ich habe fünf der jüngsten Abgeordneten aus allen fünf Parteien des Deutschen Bundestags getroffen. In unserem Gespräch habe ich ihnen diese Frage gestellt: „Darf man einem anderen Menschen dabei helfen, sich das Leben zu nehmen?“

Bei ihren Antworten haben sie ihre Parteizugehörigkeit, politische Programme und Lagerdenken hinten angestellt. Und ihre ganz persönlichen Überzeugungen, genauso wie ihre Unsicherheiten formuliert.

Denn die Frage nach Leben und Tod ist so persönlich, individuell und emotional wie kaum eine andere. Sie betrifft uns alle - weil der unausweichliche Tod uns alle betrifft.

1. Norbert Müller (Die Linke)



"Selbstmord ist straffrei und muss straffrei bleiben. Deswegen sollte auch die Beihilfe straffrei bleiben. Dennoch müssen wir die Kommerzialisierung des Sterbens beenden. Das ist die rechtliche Seite.

Aber es gibt auch eine menschliche Komponente: Menschen haben für sich entschieden, sterben zu wollen. Wo die Menschenwürde für das Leben gilt, muss sie auch für den Wunsch zu Sterben gelten.

Niemand kann es sich anmaßen, die Gründe für den Wunsch zu Sterben zu verurteilen. Noch dürfen wir jemanden in Abrede stellen, diese Entscheidung bei vollem Bewusstsein zu treffen."

2. Dennis Rohde (SPD)



"Jeder Mensch muss selbst entscheiden können, ob er weiterleben oder ob er sterben will. Die einzige Einschränkung muss eine ärztliche Begleitung sein. Wir dürfen keine Anreize setzen, wo es nicht nötig ist. Zum Beispiel für Menschen mit Depressionen, denen ein Arzt helfen kann.

Wir müssen Ärzten die Möglichkeit geben, Menschen, die wirklich sterbenskrank sind, ihren letzten Wunsch zu erfüllen - frei von irgendwelchen Qualen.

Ich fordere eine einzige Verschärfung: Diejenigen, die das geschäftsmäßig betreiben, also Sterbevereine wie Dignitas, sollen verboten werden. Ich habe eine Dame von Dignitas kennengelernt: Sie erzählte, dass sie bis zu 9000 Euro an einem Tod verdienen. Das darf nicht sein. Es darf nicht sein, dass wir Menschen geschäftsmäßig in den Tod begleiten."

3. Ronja Schmitt (CDU)



"Ich habe mich dem Antrag von Brand angeschlossen, der eine Antwort zum Leben ist, nicht zum Tod. Man muss den Menschen so lange wie möglich im Rahmen der Palliativmedizin begleiten.

Aber es muss vereinzelte Ausnahmen ohne strafrechtliche Verfolgung geben können: Wenn der Mensch ein entsprechendes Vertrauensverhältnis zum Arzt hat oder wenn der Patient im Kreise der Familie dies entscheidet.

Das darf niemals Normalfall und Geschäftsmodell werden. Wir dürfen mit Sterben kein Profit machen. Deswegen lehne ich Vereine wie Dignitas ab. Wir dürfen den Menschen

nicht das Gefühl geben, dass sie eine Last sind. Häufig sind es depressive Menschen, die sterben wollen - und da können und müssen wir medizinisch helfen."

4. Wolfgang Stefinger (CSU)



„Das ist für mich ein ganz schwieriges Thema. Ich habe lange mit mir gerungen, da ich Situationen von Angehörigen im Kopf habe. Mir ist wichtig, dass wir kein Fenster öffnen, das wir nicht mehr schließen können. Es darf auf keinen Fall passieren, dass man einem Menschen, der für das Gesundheitssystem zu teuer wird, nahelegt, sich umzubringen. Solche Szenarien müssen wir unter allen Umständen verhindern.

Andererseits habe ich familiär auch erfahren, mit welchem Leid das Sterben verbunden sein kann. Hierfür kann die Palliativmedizin Abhilfe leisten.

Mir ist wichtig, dass mit Tod und Sterben kein Geschäft gemacht werden darf. Das heißt, dass Tod und Sterben nicht durch sogenannte Vereine oder Einzelpersonen organisiert wird. Wir tragen Verantwortung dafür, dass Sterben würdevoll erlebt werden kann. Ich werde daher den Antrag von Michael Brand unterstützen, der ein Verbot der organisierten Beihilfe regelt."

5. Sven-Christian Kindler (Die Grünen)



„Wir leben in einer Gesellschaft, in der es zu wenig soziale Wärme und Miteinander gibt. Zu viele Menschen haben das Gefühl: ‚Ich werde hier nicht mehr gebraucht, ich gehöre nicht dazu, ich werde benachteiligt.'

Alte Menschen haben manchmal Angst ihren Angehörigen zur Last zu fallen. In dieser Gesellschaft, in der es so viel Ungleichheit und steigende Armut im Alter gibt, könnte auch der Druck auf ältere Menschen größer werden, staatlich erlaubte Sterbehilfe aus sozialen Gründen in Anspruch nehmen zu müssen. Obwohl es so viele Möglichkeiten gibt, ihnen zum Beispiel mit Palliativmedizin und sozialer Betreuung zu helfen. Das Leben und die Würde eines jeden Menschen sind zentral und das muss der Staat schützen und nicht unterminieren.

Mein Wunsch: Sterbehilfevereine sollten unter Strafe verboten werden. Aber die Suizidhilfe von Angehörigen oder andere dem Suizidwilligen nahestehende Personen soll wie bisher in Einzelfällen bei schwierigen Konfliktsituationen straffrei bleiben."

Die Kraft des Überlebenswillens: Tim sollte sterben, doch er wollte leben





Lesenswert:

- [Lidl lohnt sich ... nicht! So dreist zocken Discounter ihre Kunden ab](#)
- ["Ich wohne direkt neben Flüchtlingen und bin schockiert"](#)
- [4 Anzeichen, dass dein Partner zum Fremdgehen neigt](#)
- [Ein Bauer isst Katzen - das ist der Grund](#)
- [Das stellen Softdrinks wirklich mit deinem Körper an](#)

Ihr habt auch ein spannendes Thema?

Die Huffington Post ist eine Debattenplattform für alle Perspektiven. Wenn ihr die Diskussion zu politischen oder gesellschaftlichen Themen vorantreiben wollt, schickt eure Idee an unser Blogteam unter blog@huffingtonpost.de.

[Hier geht es zurück zur Startseite](#)

MEHR:

[politik](#)

[sterbehilfe](#)

[video](#)

[tod](#)

[debatte](#)

[gesetz](#)

[blogs](#)

HUFFPOST

[RSS](#)

[Häufig gestellte Fragen](#)

[Cookies](#)

[Nutzervereinbarung \(Aktualisiert\)](#)

[Datenschutz \(Aktualisiert\)](#)

[Richtlinien für Kommentare](#)

[Über uns](#)

[Kontakt](#)

[Jobs bei der HuffPost](#)



Urheberrecht ©2018 ForwardContentServices GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Teil von **HuffPost News**